

# dbb Hessen Nachrichten

NUMMER 7/8 2025

JULI/AUGUST 2025

Die Sommerferien sind, nicht nur gefühlt, erst ein paar Tage vorüber, da landet man wieder ganz hart auf dem Boden der Realität. Nein, nicht beim Blick auf die Nachrichtenlage, sondern an sich ganz harmlos, beim Einkauf im Supermarkt. Denn während die Sonne noch Schweißperlen auf die Stirn treibt, ist dort schon alles auf das nächste Großereignis getrimmt: Weihnachten. Printen, Dominosteine, Lebkuchen – alles da, auch bei 30 Grad. Noch fällt es leicht, daran vorüber zu gehen, aber ganz hart Gesottene wurden schon beim Zugreifen gesichtet.

## Neuer Trend: Alle gegen das Beamtentum?

OZ-Umfrage  
Sollten Beamte auch in die gesetzliche Rente einzahlen?

LINNEMANN-FORDERUNG  
Mehrheit der Deutschen will weniger Beamte – auch Pensionen für die meisten zu hoch  
06.08.2025 | Lesedauer: 3 Minuten

Debatte über Rente  
Ökonomen wollen Beamte länger arbeiten lassen  
Die Debatte über die Lebensarbeitszeit läuft heiß. Jetzt machen Wissenschaftler des Pestel-Instituts einen radikalen Vorschlag: Beamte sollten fünfeneinhalb Jahre länger im Beruf bleiben, weil sie älter werden als Arbeiter.

Startseite > Wirtschaft  
Bas' Renten-Vorschlag erzeugt Proteststurm: Beamte kämpfen gegen Einzahlungspflicht  
21.08.2025, 13:25 Uhr

Ein westdeutsches Problem: Pensionen belasten zunehmend die Länderhaushalte

Zuletzt häuften sich Stimmen, teils aus der Bundesregierung, die die von CDU-Generalsekretär **Carsten Linnemann**, die die Stimmungslage in Sachen Beamtentum ausloteten. Tenor: Zu viele, zu teuer und deshalb reduzieren und kürzen – Stichwort: Schlanker Staat und das alles unter dem Vorwand des sog. Bürokratieabbaus, der so etwas wie die neue schwarze Null der Regierung zu sein scheint. Die Tatsache, dass nun auch Schwergewichte wie Linnemann, oder die

SPD-Vorsitzende und Arbeitsministerin **Bärbel Bas** (SPD) ganz ungeniert laut nachdenken, verdeutlicht ein Stück weit, wie weit ein solches Ansinnen in den bürgerlichen Parteien vorgezogen zu sein scheint. Wenn dann auch noch Wirtschaftsweisen und Think-Tanks wie das Prestel-Institut diesen Ball wohlwollend aufnehmen wird deutlich: Da scheint sich eine breite Front gegen das Beamtentum zu formieren.

Mit der Privatisierung öffentlicher Versorgung hat man in der Bundesrepublik Erfahrung gemacht. Öffentliche Wohnungen wurden verscherbelt, die Energieversorgung privatisiert, auf kommunaler Ebene bisweilen sogar Dinge wie Rathäuser, Schwimmbäder oder Kanalnetze.

Das Ergebnis war aber irgendwie nicht so, wie von der Politik gewünscht. Weder wurde der Wohnraum mehr und billiger, noch wurde die Energieversorgung besser und billiger. Die aus Steuermitteln finanzierte und übertragene Infrastruktur vergammelte, weil sich niemand mehr verantwortlich fühlte und führte zum nun aufgelaufenen Investitionsstau.

Vielleicht wäre ein Umdenken angebracht?

dbb-Bundesvorsitzender **Volker Geyer** sprach das Thema in einem Interview mit der "Rheinischen Post" (Dienstag, 20. August) an: "Wir müssen uns schon fragen, ob die vollständigen

## Inhaltsverzeichnis

<b>Von allen Seiten gegen das Beamtentum?</b>	Seite 1
<b>Neuer Tarifvorstand zu Besuch in Hessen</b>	Seite 3
<b>Besoldung: Empörung zum Stichtag 1. August</b>	Seite 3
<b>Bericht: Jahrestagung der Medienanstalten</b>	Seite 4
<b>BBBank und PSD-Bank fusionieren</b>	Seite 5
<b>ÖD fehlen zurzeit 600.000 Mitarbeiter</b>	Seite 6
<b>Crowdfunding für getöteten Polizisten</b>	Seite 7
<b>Mitglied in einem Verband des dbb werden</b>	Seite 8

Privatisierungen im Infrastrukturbereich richtig waren. Ich meine alles, was unsere Netze betrifft - sei es nun Post, Telekommunikation, Verkehrswege. Da muss der Staat eine flächendeckende Versorgung gewährleisten und da kann der Beamtenstatus Sinn machen."

Nach Ansicht Geyers bauen die Bürger hierzulande immer weniger darauf, dass der öffentliche Dienst ordentlich funktioniert. "Das ist wirklich besorgniserregend. Bei unserer Bürgerbefragung gaben im vergangenen Jahr 70 Prozent an, dass sie das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Staates verloren hätten. Wir haben das gerade erneut abfragen lassen. Ohne der Präsentation im September vorgreifen zu wollen: Die Situation hat sich nicht verbessert, im Gegenteil."

Der Vorschlag des Chefs der Monopolkommission der Bundesregierung **Tomaso Duso**, auch die seit der Privatisierung beim Bund verbliebenen Anteile an Deutscher Telekom und Post zu verkaufen, stoßen beim dbb und der Kommunikationsgewerkschaft DPVKOM auf Widerstand. „Die kritische staatliche Infrastruktur muss unter staatlicher Kontrolle bleiben“, kritisierte Volker Geyer den Vorschlag, über den die

Süddeutsche Zeitung berichtet (Ausgabe vom 12. Februar 2025). „Die Eigentumsverhältnisse bei Post und Telekom nur unter Aspekten der Wettbewerbsförderung zu sehen, ist falsch. Staatliche Kontrolle und Gemeinwohlorientierung sind mindestens ebenso wichtig, gerade bei der kritischen Infrastruktur.“

**Heini Schmitt**, Landesvorsitzender des dbb Hessen, kommentiert das hier wie folgt:

„Man kann über diese Vorstöße gegen das Berufsbeamtentum, über so viel ideologiegetränktes Unwissen, nur heftig den Kopf schütteln. Frau Bas, Herr Linnemann und alle, die in den Chor der Unwissenden einstimmen, sollten sich endlich einmal zuerst mit den Fakten beschäftigen, bevor sie sich mit ihren Ratschlägen und Forderungen an die Öffentlichkeit wenden!

Es ist klar belegbar, dass ein Beamter bei einer seriösen Gegenüberstellung den Steuerzahler eben nicht mehr kostet als ein vergleichbar qualifizierter Arbeitnehmer, wenn man die gesamte Zeit der aktiven Beschäftigung und der Altersruhephase betrachtet. Die Bürgerinnen und Bürger als Steuerzahler bekommen beim Beamten die besondere Treuepflicht und das Streikverbot noch mit dazu!“

Auch in Hessen hatte man sich unter **Roland Koch** an der Privatisierung versucht: „In den Jahren 2004 bis 2006 hat die damalige, von der CDU getragene Landesregierung, 55 Liegenschaften des Landes an Investoren für rund 2,1 Milliarden Euro verkauft. Im Rahmen dieser LEO-Immobilienengeschäfte wurden diese Objekte gleichzeitig für 30 Jahre zurückgemietet — sogenannte Sale & Lease-Back-Transaktionen. Mit rund 900.000 m<sup>2</sup> stellen die LEO-Objekte etwa 40 Prozent der Behördenunterbringung des Landes dar. Inzwischen mehren sich die Berichte über Zahlungen von Doppelmieten, ausufernde Sanierungskosten und leerstehende Gebäude — immer zu Lasten des Landes und damit auch zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.“

Der Text stammt nicht vom dbb Hessen, sondern von der Einleitung eines „Dringlichen Berichtsantrags“, den die Grünen-Fraktion am 28. April in den Landtag eingebracht hat (Drucksache 21/2158).

„Grundsätzlich erscheint es nachvollziehbar und sinnvoll, dass die Landesregierung fortlaufend den tatsächlichen Bedarf an Räumlichkeiten und Arbeitsplätzen ermittelt. Im Zuge fortschreitender Digitalisierung müssen viele Aufgaben nicht mehr zwingend im Büro, sondern können eben auch durch mobiles Arbeiten erledigt werden. Veränderungen bei den Arbeitsplätzen müssen jedoch in jedem Fall unter strikter Beteiligung der Personalvertretungen, im Benehmen mit den Beschäftigten und unter Berücksichtigung der arbeitsschutzrechtlichen Bestimmungen geschehen“, so **Heini Schmitt**, der Landesvorsitzende des dbb Hessen.

Schmitt weiter: „Bei den Plänen, Liegenschaften im Laufe der nächsten Jahre in einer Größenordnung von 20 bis 30 Prozent zu entmieten, ist zu befürchten, dass die Entscheidung der damaligen Regierung Roland Koch, das sog. ‚Sale-and-Lease-Back-Verfahren‘ der jetzigen Regierung bzw. dem Steuerzahler erneut wirtschaftlich nachteilig auf die Füße fällt.“

### Neuer Tarifvorstand des dbb zu Besuch in Hessen



Er ist erst seit wenigen Wochen im Amt – dennoch schaffte es der neue 2. Vorsitzende und dbb-Tarifvorstand **Andreas Hemsing** (vorne links mit dem Landesvorsitzenden des dbb Hessen, **Heini Schmitt** und den Mitgliedern des hessischen Tarifausschusses) zum Antrittsbesuch in die Geschäftsstelle des dbb Hessen in Frankfurt. Grund des Besuchs war aber nicht nur das persönliche Kennenlernen. Im Herbst laufen allmählich die Vorbereitungen für die kommende Tarifrunde im TV-H an, die Ende Februar 2026 beginnt und deren dritte Runde Ende März sein wird. Klar, dass da

schon einmal grob die gemeinsame Marschrichtung diskutiert wurde und erste Absprachen getroffen wurden. Alle Mitglieder des Tarifausschusses sind sich darüber bewusst, dass die kommenden Runden (zunächst beginnen ja die anderen Bundesländer) sehr herausfordernd werden könnten. Entsprechend will man sich für die Aufgaben gründlich präparieren.

### Beamte empören sich zum Stichtag der kassierten Besoldungserhöhung

„Heute, am 1. August 2025, wäre der Tag gewesen, an dem laut bereits im Juni 2024 verabschiedetem Besoldungsgesetz die Bezüge der hessischen Beamtinnen und Beamten um 5,5 Prozent gestiegen wären,“ so der Landesvorsitzende des dbb Hessen, **Heini Schmitt**.

Es sollte die zweite Stufe des mit erheblicher Verzögerung wirksam werdenden Ausgleichs für die extrem hohen Inflationsraten aus den Jahren 2022 und 2023 sein. Die Bezüge wären also zum

1. August 2025 gestiegen, wenn nicht im November 2024 dieselbe schwarz-rote hessische Landesregierung die Entscheidung getroffen hätte, die Bezügeerhöhung auf den 1. Dezember 2025 zu verschieben und damit die ursprünglich vorgesehene Jahresalimentation der Beamten für 2025 zu verringern.

Jetzt wird man in Regierungskreisen möglicherweise denken, dass der dbb Hessen dies doch schon ausreichend thematisiert hat. Dabei sollte man aber nicht verkennen, dass die Beamtinnen und Beamten gegenüber dem dbb Hessen weiterhin unablässig und lautstark ihre berechnete Empörung und Entrüstung zum Ausdruck bringen. „Die Verschiebung der Besoldungsanpassung war ein großer Fehler und sie bleibt ein großer Fehler, vor allem im Gesamtkontext mit einer langjährig verfassungswidrigen, zu niedrigen Besoldung und Versorgung!“ so Schmitt abschließend. **(Pressemitteilung vom 1. August 2025)**

### Medienanstalten: Verrückte Wahrheiten, verrückte Wahrnehmung

Der Zusammenhang zwischen Demokratieverfall und Desinformation ist längst offensichtlich. Desinformation sei eine Art Medium geworden, stets auf einer Lüge basierend, abseits des Mainstreams, und markiere damit einen politischen Standort, sagt die Politikwissenschaftlerin Jeanette Hoffmann. Aus Sicht der renommierten Internetforscherin sind wir in der Diskussion über Desinformation „früh falsch abgebogen“. Statt Plattformen und Algorithmen allein verantwortlich zu machen, „sollten wir Desinformation als Symptom für Demokratieverfall verstehen“.

**Verrückte Wahrnehmungen, verrückte Wahrheiten** lautete deshalb auch der treffende Titel des jährlichen Zukunftsforums, zu dem die Medienanstalten nach Frankfurt eingeladen hatten. Dabei standen vor allem Die verschobenen Macht-Koordinaten der Kommunikation und ihre Folgen für die Demokratie im Blickpunkt des Interesses hochkarätiger TeilnehmerInnen an den Diskussionen. In ihrer Keynote über die „Autokratisierung im öffentlichen Raum“ zeigte **Jeanette Hoffmann**, die u.a. Direktorin des Alexander von Humboldt Instituts für Internet und Gesellschaft ist, auf, dass Desinformation kein kognitives Versagen, sondern im Kern politisches Handeln ist.

Die Nachfragen zu ihrer Keynote stellte die ZDF-Journalistin **Nicole Diekmann (Foto: Nöthen)**. Für die Korrespondentin im Berliner Hauptstadtbüro ist „Desinformation Gift für eine hypermedial versorgte Gesellschaft“. Aus ihrer Sicht gibt es zu viele Informationen, zu viele Kanäle, zu viele Sender, um noch den Überblick zu behalten. Das sei in Kombination mit der Tatsache, dass immer etwas im Gedächtnis hängenbleibe, „eine Katastrophe“.

In der zweiten Keynote unternahm **Christoph Neuberger** eine Standortbestimmung des „Journalismus zwischen Big Tech und Populismus. Der Direktor des Weizenbaum-Instituts ging der Frage nach, wer die Macht über Nachricht und Meinung hat in der digitalen Öffentlichkeit. Das anschließende „Nachgefragt“ übernahm dpa-Journalistin **Vanessa Bitter**, die sich als Chief Operating Officer der Initiative UseTheNews für mehr Nachrichtenkompetenz einsetzte. Der Rechtswissenschaftler **Mathias Hong**



analysierte im abschließenden Denkkzettel eine transatlantische Begriffsverwirrung: Meinungsfreiheit vs Freedom of Expression – ein feiner, aber wesentlicher Unterschied.

## Generalversammlung stimmt für Fusion von BBBank und PSD Bank

Die Vertreterversammlung der BBBank (Mitglied im dbb-vorsorgewerk) hat vor wenigen Wochen der geplanten Fusion der Banken zugestimmt. Zuvor hatte bereits die Generalversammlung der PSD Bank Berlin Brandenburg nun für den strategischen Zusammenschluss votiert. Damit ist der Weg für die gemeinsame Zukunft geebnet. Durch den strategischen Zusammenschluss von BBBank und PSD Bank Berlin-Brandenburg entsteht die größte Genossenschaftsbank für Privatkunden in Deutschland mit rund 22 Milliarden Euro Bilanzsumme und einem betreuten Kundengeschäftsvolumen von ca. 41 Milliarden Euro.

Im September 2024 hatten die BBBank (Bilanzsumme 31.12.2024: 19,4 Milliarden Euro) und die PSD Bank Berlin Brandenburg (Bilanzsumme 31.12.2024: 2,4 Milliarden Euro) nach erfolgreichen Sondierungsgesprächen ihre Fusionsabsicht bekannt gegeben. Ziel der Fusion ist es, gemeinsam weitere Wachstumspotenziale bei Privatkunden, Freiberuflern und Selbstständigen zu erschließen, Kompetenzen zusammenzuführen und das persönlich-digitale Geschäftsmodell bundesweit weiter auszubauen.

+++++

## WhatsApp-Kanal des dbb: Die neuesten Nachrichten gleich auf das Handy



Es gibt mal wieder etwas Neues! Seit wenigen Tagen können Sie die neuesten Nachrichten aus dem dbb Hessen gleich auf das Handy bekommen – mit unserem neuen **WhatsApp-Kanal**. Also gleich **kostenfrei** und **unverbindlich** abonnieren und nichts mehr verpassen!

Fragen zum Angebot an: [presse@dbbhessen.de](mailto:presse@dbbhessen.de)

+++++



## Dem Öffentlichen Dienst fehlen 600.000 Beschäftigte

### Aktuelle Personalbedarfe öffentlicher Dienst

Bundespolizei	15.000
Landespolizei	49.000
Verteidigung	20.000
Steuerverwaltung	45.000
Zoll	6.000
Schulen	115.000
Kitas	96.400
Kommunalverwaltungen	108.500
(allg. Verwaltung, Ausländerbehörden, Bauämter, Jugendämter, Ordnungsämter, Sozialämter/Soziale Arbeit, Feuerwehren)	
Öffentlicher Gesundheitsdienst	12.500
Kranken- und Altenpflege	120.600
Lebensmittelkontrolle	1.500
Arbeitsagenturen/Jobcenter	2.500
Justiz (Richter/innen, Justizvollzug, Verwaltung)	8.500
	<u>600.500</u>

„Ich erwarte von der Bundesregierung, dass sie künftig bei jeder neuen Aufgabe, die sie an Länder oder Kommunen überträgt, gleichzeitig eine digitale Lösung anbietet, um diese Aufgabe effizient zu bewältigen“, sagte **Volker Geyer**, Bundesvorsitzender des dbb, im Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (Ausgabe vom 11.8.2025). „Zum Beispiel der Personalmangel beim Zoll ließe sich reduzieren, wenn die Pakete durch KI vorsortiert würden. Anders bekommen wir auch die Paket-Tsunamis aus Fernost – Stichwort: Temu – nicht in den Griff.“ (**Grafik: dbb.de**)

Doch bis die Digitalisierung für spürbare Entlastung sorgen kann, ist es noch ein weiter Weg. Der dbb geht davon aus, dass kurz- und mittelfristig sogar mit einem höheren Personalbedarf zu rechnen ist.

Aktuell fehlen dem öffentlichen Dienst 600.000 Beschäftigte, um allen Aufgaben gerecht zu werden. Die zahlenmäßig größten Fehlbedarfe gibt es laut aktueller dbb Abfrage bei den Fachgewerkschaften vor allem bei Lehrkräften (115.000), Fachkräften in Gesundheit- und Altenpflege (120.600) sowie in den Kommunalverwaltungen (108.500).

Forderungen aus der Politik, die Menschen müssten mehr Wochenstunden leisten und insgesamt länger arbeiten, erteilte Geyer eine klare Absage. Derartige Ideen gingen komplett an der Lebenswelt und den Anforderungen der Arbeitswelt vorbei, sagte er. „Wir haben schon heute eine extreme Zunahme an psychischen Erkrankungen. Die Leute können nicht mehr.“

### Aus den Mitgliedsverbänden: DJG-Broschüre steht zum Download bereit

Die Umsetzungshilfe zum Ausbildungsberuf Justizfachangestellter/Justizfachangestellte, bei der auch von hessischer Seite der DJG mitgewirkt wurde, ist auf der der BIBB-Webseite veröffentlicht. Unter folgendem Link finden Sie das kostenfreie PDF und die Zusatzmaterialien zum Download sowie den weiterführenden Link zur Bestellung des Heftes als Printversion über den Verlag.

Justizfachangestellter/Justizfachangestellte

[https://www.bibb.de/dienst/berufesuche/de/index\\_berufesuche.php/profile/apprenticeship/jufa25?page=3](https://www.bibb.de/dienst/berufesuche/de/index_berufesuche.php/profile/apprenticeship/jufa25?page=3)

## Lesestoff für die tägliche Praxis

Beim DBB Verlag ([www.dbbverlag.de](http://www.dbbverlag.de)) sind u. a. folgende Ratgeber erhältlich:



### Ratgeber Beamten Basics – Besoldung Versorgung Beihilfe

Der Ratgeber enthält unverzichtbare Grundlagen zum Statusrecht, zur Bezahlung in Form des Besoldungsrechts, zur Alterssicherung durch das Versorgungsrecht sowie zum Thema Gesundheitsfürsorge als Beihilfe. Anhand von Übersichten, Merklisten, Gesetzesauszügen und Beispielen werden die Bundes- und Länderregelungen kurz und prägnant erläutert.



### Ratgeber Beamten Basics - Gesundheitssicherung, Beihilfe, Ergänzende PKV, Pflege

Dieser Ratgeber beantwortet alle wichtigen Fragen rund um die Gesundheitssicherung, z. B.:

- Wie sichere ich mich ab?
- Beihilfe: Wer bekommt sie? Wer zahlt was? Welche Aufwendungen werden übernommen?
- Bekomme ich Beihilfe im Pflegefall?

Mit einer kompakten und einfachen Darstellung, Infokästen und Zusammenfassungen richtet sich der Ratgeber an alle, die einen schnellen Überblick oder einen zielgerichteten Einstieg suchen.

Allgemein Interessierte werden genauso angesprochen wie Beamtenanwärter, Probebeamte, aber auch Versorgungsempfänger und Hinterbliebene von Beamten.

+++++

Sie möchten die **dbb Nachrichten direkt** und **kostenlos** ins **eigene Mailpostfach** geschickt bekommen? Kein Problem! Einfach bestellen per Mail an: [presse@dbbhessen.de](mailto:presse@dbbhessen.de)

+++++

## Crowdfunding für Hinterbliebenen des Polizisten Simon



Mit einem GoFundMe Crowdfunding wollen die saarländischen Polizeigewerkschaften (BDK, DPoIG, GdP) den Angehörigen des jüngst bei einer Schießerei im Einsatz ums Leben gekommenen 34-jährigen Polizisten Simon eine Möglichkeit geben, in dieser unvorstellbar schweren Zeit spürbare Unterstützung zu erhalten - nicht nur zum Ausdruck unserer aller Anteilnahme, sondern auch zur finanziellen Entlastung.

Jede Spende, ob groß oder klein, hilft dabei, der Familie weiterhin eine sichere Zukunft zu ermöglichen. Lasst uns gemeinsam zeigen, dass die Polizeifamilie, die Blaulichtfamilie und wir als Gesellschaft fest zusammenstehen - in Trauer, Respekt und Dankbarkeit.

Simon hat die Hälfte seines viel zu kurzen Lebens der saarländischen Polizei gewidmet und damit die Bürgerinnen und Bürger schützt. Lasst uns nun die Familie vor finanziellen Sorgen schützen, auch wenn Geld die Leere niemals ansatzweise ausfüllen können wird.

Alle Spenden gehen an die Ehefrau.

<https://www.gofundme.com/f/unterstutzung-der-hinterbliebenen-des-polizisten-simon?>

## Mitglied in Fachgewerkschaft und dem dbb werden

🏠 | Mitgliedschaft & Service

### Online-Beitritt

Sie möchten Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion werden?

Kein Problem! Schicken Sie einfach folgende Angaben an uns. Wir leiten alles Weitere für Sie in die Wege.

Die mit \* gekennzeichneten Felder sind Pflichtfelder

Persönliche und dienstliche Angaben	
Vorname*	Nachname*
Straße und Hausnummer*	
PLZ*	Wohnort*
Geburtsdatum*	E-Mail*
Dienststelle*	Arbeitgeber*
Beschäftigt als*	
Bitte wählen Sie	

### Sieben gute Gründe für eine Mitgliedschaft Als Mitglied einer dbb-Gewerkschaft...

...werden Ihre Interessen von einer durchsetzungsstarken Solidargemeinschaft mit 1,3 Millionen Mitgliedern wirksam vertreten.

...können Sie selbst im Kreis interessierter Kolleginnen und Kollegen Ihren Teil an einer zukunftsfähigen Gestaltung des öffentlichen Dienstes beitragen.

...werden Sie in allen berufsspezifischen Fragen und über jede Entwicklung im öffentlichen Dienst bestens informiert.

...ist Ihnen Unterstützung in beamtenrechtlichen und tarifvertraglichen Fragen sicher.

...genießen Sie Rechtsschutz in beruflichen

Rechtsstreitigkeiten.

...stehen Ihnen viele Vorteilsangebote starker Partner offen.

...können Sie auf das breitgefächerte Schulungsangebot der **dbb akademie** zurückgreifen.

### Wie werde ich Mitglied?

Der dbb ist eine Spitzenorganisation, die aus Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors besteht. Mitglied wird man deshalb nicht beim dbb unmittelbar, sondern bei der für den Dienst- bzw. Arbeitsbereich zuständigen Fachgewerkschaft.

### Wie viel Mitgliedsbeitrag muss ich zahlen?

Diese oft gestellte Frage kann nur von den Fachgewerkschaften beantwortet werden, denn sie erheben die Mitgliedsbeiträge und nicht die Spitzenorganisation. Die Mitgliedsgewerkschaften sind

neben allen berufspolitischen Fachfragen u.a. auch für die Gewährung von Rechts- und Versicherungsschutz zuständig. Das oben stehende Online-Beitrittsformular finden Sie unter:

<https://www.dbb-hessen.de/mitgliedschaft/online-beitritt/>

Einkommensrunden – egal ob mit Bund, Kommunen, den Ländern oder anderen Arbeitgebenden – gehen jeden an. Alle sind betroffen. Das Ergebnis ist offen. Sie können es mitgestalten – durch Mitmachen oder Fernbleiben! Die Einkommensrunden finden auch vor Ort statt, in Ihrer Verwaltung, in Ihrem Betrieb. Dort werden die Ergebnisse wirksam. Handeln Sie, sonst wird über Sie verhandelt!

### **Treten Sie in Aktion, werden Sie Mitglied in einer unserer Fachgewerkschaften!**

Wir bieten Fachkompetenz vor Ort und eine zentrale Verhandlungsmacht für Arbeitnehmende, Beamtinnen und Beamte. Ihre berechtigten Interessen lassen sich oftmals nur im Konflikt durchsetzen. Gewerkschaften werden jedoch auch im Alltag dringend gebraucht.

Die **dbb Fachgewerkschaften bieten** konsequente **Interessenvertretung, Fortbildung** und **Rechtsschutz** rund um die Arbeit. Unsere **Personal-** und **Betriebsräte/-rätinnen** gestalten die Arbeitswirklichkeit vor Ort. Über unsere Medien **informieren wir** Sie über alle wichtigen tarif- und beamtenpolitischen Themen.

### **Werbung: Planen, finanzieren, absichern**

Das **dbb vorsorgewerk** unterstützt dabei, den Traum vom Eigenheim zu realisieren.

Die eigenen vier Wände sind für viele Menschen ein Lebenstraum – und zugleich ist der Weg dorthin eines der größten finanziellen Vorhaben überhaupt. Damit aus dem Wunsch Wirklichkeit wird, braucht es mehr als nur eine gute Idee: Gründliche Information, sorgfältige Planung und verlässliche Partner sind unerlässlich. Ob es um die richtige Finanzierung, staatliche Fördermöglichkeiten oder die passende Absicherung des Vorhabens geht – wer frühzeitig auf seriöse Begleitung setzt, schafft ein solides Fundament für das eigene Zuhause. Wer ohne kundige Informationen oder verlässliche Beratung in die Immobilienplanung startet, läuft Gefahr, teure Fehlentscheidungen zu treffen. Umso wichtiger ist es, von Anfang an auf erfahrene und vertrauenswürdige Partner zu setzen.

Das dbb vorsorgewerk unterstützt dbb Mitglieder und ihre Angehörigen bei allen Fragen in Sachen Immobilie. Damit man schnell zu den passenden Informationen kommt, wurden drei Phasen abgesteckt: „Planung und Ansparphase“, „Hausbau/-kauf und Erstbezug“ sowie „Absicherung und Renovierung“.

Für alle drei Phasen finden Interessierte auf [www.dbb-vorteilswelt.de/me](http://www.dbb-vorteilswelt.de/me) Ansprechpartner und können direkt unverbindliche individuelle Angebote anfordern. Highlights: der "beste BBBank-Zins" vom exklusiven Kooperationspartner rund ums Banking, der BBBank. Per Baufinanzierungsrechner lässt sich für das individuelle Vorhaben der effektive Jahreszins und die monatliche Rate ermitteln. In Sachen Absicherung werden die Angebote der DBV Deutsche Beamtenversicherung mit attraktiven Mitgliedsvorteilen empfohlen. Wie die Boxflex Hausrat- und/oder Wohngebäudeversicherung (15,5 Prozent Beitragsvorteil), Dienst- und Berufsunfähigkeitsversicherungen (bis zu 5,5 Prozent Beitragsvorteil) sowie Bündelrabatte in den Sparten Haftpflicht und Haus/Wohnen (bis zu 20 Prozent).

Die Beratungs-Hotline der Mitgliederagentur des dbb vorsorgewerk ist montags bis freitags von 10 bis 16 Uhr unter 030.4081 6444 geschaltet. Auf Wunsch werden Berater vor Ort vermittelt.

### Werbung: Newsletter der HUK-Coburg

plötzliche Schicksalsschläge passieren leider auch im Urlaub und in der Freizeit. Diverse erschreckende unfallbedingte Todesfälle, auch junger Erwachsener, kamen zuletzt häufig in den Medien vor. Die Haupttodesursachen, Krebs (fast 240.000 Tote in Deutschland allein im Jahr 2023 laut Statista) und Herzprobleme (knapp 350.000 Tote), erhalten oft weniger Rampenlicht. Mit Blick auf Wahrscheinlichkeiten völlig zu Unrecht - jeder Mensch in jedem Alter kann auch hiervon betroffen sein.

Viele Menschen planen den Erwerb von Wohneigentum oder die Gründung einer Familie. Bei einer Risikolebensversicherung werden umfangreiche Gesundheitsfragen gestellt. Dabei geht es auch darum, ob überhaupt eine Versicherung angeboten werden kann. Gleichzeitig hat das Alter einen Einfluss auf den Beitrag. Beim Eigentumserwerb ist hat sie häufig einen erheblichen Einfluss auf die Kreditwürdigkeit. Daher macht eine frühzeitige Beratung zu diesem wie auch dem Thema Einkommensabsicherung Sinn. Es freut mich, dass die **HUK-COBURG** von Focus Money kürzlich auch die Auszeichnung „Bester Kundenservice“ in der Risikolebensversicherung erhielt.

## Impressum

V.i.S.d.P.: dbb Hessen, Andreas Nöthen (Pressesprecher, Kürzel: noe), Europa-Allee 103 (Praedium), 60486 Frankfurt

Mail: [presse@dbbhessen.de](mailto:presse@dbbhessen.de).



**dbb**  
**vorsorgewerk**  
günstig • fair • nah



**dbb**  
**vorteilswelt**